Volkssolidarität Dresden

Miteinander Füreinander

BÜRGERBÜNDNIS DRESDEN

24 JAHRE

Wählervereinigung Bürgerbündnis Dresden

Seit der ersten freien Kommunalwahl 1990
im Dresdner Rathaus

24 JAHRE

Wählervereinigung
Bürgerbündnis Dresden

✓ ein Überblick

✓ Personen

✓ was wir erreichten

Zur Stadtratswahl 2014 als Wählervereinigung
Bündnis Freie Bürger e. V.

Impressum:

02/2013
bearbeitet von Werner Schnuppe
unter Mitarbeit von Ulrich Matzat (vorm. Stadtrat) und Marlies Strauß
(alle seit 1990 Angehörige der Wählervereinigung)
sowie Gudrun Fischer (vorm. Stadträtin)
und Anita Köhler (Stadträtin)

Quellen Text und Fotos:

- Unterlagen der Wählervereinigung
- „Geschichte der Volkssolidarität Dresden 1990–2010 …“
- Trümmerfrau Dresden,
  Bildhauer: Walter Reinhold, Foto: Jan Lewerenz

Epilog

Jeder zehnte Dresdner unterstützte im Jahr 1990 durch seine Mitgliedschaft das soziale Anliegen der Volkssolidarität. Als Hilfsorganisation „Volkssolidarität gegen Wintersnot“ wurde sie nach dem von Nazideutschland ausgegangenen verbrecherischen Krieg von den demokratischen Parteien, Kirchen und der Gewerkschaft am 17. Oktober 1945 in Dresden gegründet. Galt es doch den großen Hunger, Ausbombung und Vertreibung durch Anpacken und solidarische Hilfe zu lindern und zu überwinden. Seit dem ist die Volkssolidarität - in der DDR als Massenorganisation und seit der friedlichen Revolution 1989/90 als Sozial- und Wohlfahrtsverband – in der Dresdner Bürgerschaft fest verankert und anerkannt und erbringt im „miteinander – füreinander“ Hilfe- und Betreuungsleistungen.

Für viele Mitglieder und Helfer aus allen Einwohnerschichten gab es mit dem gesellschaftlichen Systemwechsel keinen Anlass, von ihrer humanistisch geprägten und praktizierten Solidaritätsarbeit abzulassen. Mit dem gemeinsamen Aufruf „Hilfe sofort nötig“ von Mitgliedern der Dresdner Volkssolidarität und dem Neuen Forum Dresden vom 22. Dezember 1989 wurde dazu ein klares politisches Signal gegeben. Damit hatte sich in einer für viele Menschen existenziell schwierigen Situation die Volkssolidarität erneut als unverzichtbar erwiesen. Das war zugleich die Bestätigung dafür, dass der Gedanke der menschlichen Solidarität zeitlos in allen Gesellschaften wirkt. So eröffnete sich für die Mitglieder und Mitarbeiter der Volkssolidarität unter den neuen gesellschaftlichen Bedingungen die Möglichkeit, sich zum Wohle vieler Menschen an der Entwicklung des neuen sozialen Wohlfahrtssystems und demokratischer Strukturen in Dresden einzubringen.

Trümmerfrauen

Diplomat
Am Zschoner Berg 1
DDR-8029 Ockerwitz
PF 96-58

zu Veröffentlichung Lokal
22.12.89

Am 19. Dezember 1989 fand eine Zusammenkunft von Vertretern der Volkssolidarität und der Arbeitsgruppe Gesundheits- und Sozialwesen des NEUEN FORUM Dresden statt.

Die Teilnehmer waren sich einig, Fürsorge und Unterstützung gilt in dieser Zeit mehr denn je allen älteren Bürgern. Das ist aber noch nicht für jeden gesichert.

Unsere besondere Wertschätzung erfahren jene Mitbürger, die sich uneigennützig um ihre hilfsbedürftigen Verwandten und Nachbarn sorgen, als Gemeindeschwestern und Pfleger tätig sind oder als Mitarbeiter bzw. Helfer der Volkssolidarität, der Kirchen und anderen Gemeinschaften fürsorgerisch wirken.

Deshalb halten wir folgendes für erforderlich:

* Gewinnung weiterer Bürger, z. B. Schüler, Studenten, Eltern im Babyjahr, bei unkomplizierter Vermittlung und angemessener Vergütung;

* baldmöglichster Einsatz von Wehrpflichtigen bzw. im Rahmen eines Zivildienstes;

* Ableistung von Praktika durch Studenten (mittl. med. Personal, Medizin, Pädagogik) eventuell auch im Rahmen eines Vorpraktikums;

* Schaffung besserer Bedingungen zur Betreuung von Familienangehörigen durch bezahlte Freistellung, verkürzte Arbeitszeit, Zuweisung entsprechenden Wohnraums und

* Anregung an die Presse, mittels ihrer Möglichkeiten die Bereitschaft zur Hilfe zu wecken.

Ab Januar 1990 wird in Schulen, Gesundheitseinrichtungen und überall in der Öffentlichkeit eine gemeinsame Aufforderung zur Mitarbeit in der Volkssolidarität aushängen.

Ausgearbeitet:

Stefan Scharfe *
NEUES FORUM
AG Gesundheits- u.
Sozialwesen

Werner Sohnuppe *
VOLKSSOLIDARITÄT
Vorsitzender d.
Wohngruppe 359

Einverstanden:

Dresden, 21. Dez. 1989

* mit diesem Namen zeichnen

Dezember 1989 gemeinsamer Aufruf von Volkssolidarität und Neues Forum Dresden

Stadtverordnetenwahl 6. Mai 1990

Bitterkalt und windig ist es am 1. März 1990. Etwa 500 Menschen stehen auf der Treppe vor der Goldenen Pforte des Dresdner Rathauses und demonstrieren ihre Verbundenheit mit der Volkssolidarität. Die ersten freien Volkskammerwahlen stehen bevor – eine der wichtigsten Forderungen der Kerzenrevolution wird wahr. Mit Fahnen und Transparenten ziehen die Menschen um das Rathaus, an der Kreuzkirche vorbei und bilden so ein Puzzleteil im noch ungewohnten Bild des einsetzenden Wahlkampfes. In ihrem Programm fordern die Demonstranten unter anderem: Soziale Sicherheit für alle, mehr Teilhabe am öffentlichen Leben für ältere Bürger in dieser Stadt. Ein deutliches Signal dafür, dass sich die Volkssolidarität nicht kritiklos den neuen gesellschaftlichen Gegebenheiten stellen und selbst gestaltend einbringen will.

1. März 1990 Wahlkundgebung zur Volkskammerwahl

Die Aufstellung eigener Bewerber zur Stadtverordnetenwahl am 6. Mai 1990 war ein neuer Schritt und ein Wagnis – sie war vom frischen Wind des ostdeutschen Herbstes getragen. Anders als andere Massenorganisationen hatte die Volkssolidarität zu DDR-Zeiten keine eigenen Abgeordneten in den Gremien wie Stadtverordnetenversammlung, Bezirkstag oder Volkskammer. Und jetzt, 1990? Der Erfolg ist überraschend: Auf Anhieb werden zwei Mitglieder, Gisela Siegfried und Ulrich Matzat als Stadtverordnete gewählt. Da sie mit nur zwei Abgeordneten keine eigene Fraktion bilden können, schließen sie sich zunächst der SPD-Fraktion an.

Wie sich zeigte, ist es nicht einfach mit einer Interessenvertretung im Sinne der älteren Bürger in der Stadt, denn die Gesetze werden nicht von der Kommune, sondern vom Bundes- oder vom Landtag verabschiedet. Im April 1991 gelingt es Gisela Siegfried und Ulrich Matzat die Mehrheit der Dresdner Stadtverordneten von einer 50-prozentigen Fahrpreisermäßigung für Senioren ab dem 1. Juni 1991 zu überzeugen. Doch das Regierungspräsidium Dresden beanstandet den Beschluss wegen „rechtlicher Mängel“. Weitere Vorstöße bringen kleine Erfolge. Im Januar 1992 werden Tarife für Kurz-

Wenn nicht wir, wer dann?

Seit Anfang 1987 bin ich Mitglied und Volkshelfer der Volkssolidarität. Das Motto „Miteinander – Füreinander“, die tatkräftige Nachbarschaftshilfe und die ungezwungene Geselligkeit zum Beispiel in den Begegnungsstätten gefielen mir. In den Helferversammlungen bzw. erweiterten Ortsgruppenvorstandssitzungen konnte frei und offen geredet werden.
In der Wendezeit, als die Volkssolidarität von einigen Leuten bzw. bestimmten Kreisen schon totgesagt wurde, war es für unsere Ortsgruppe und für mich selbstverständlich, dass die Volkssolidarität erhalten bleiben muss. Der Ortsgruppenvorsitzende sprach mich an, ob ich nicht zur Kommunalwahl im Mai 1990 für die Volkssolidarität antrete. Nach kurzer Bedenkzeit und unter dem Gedanken „Wenn nicht wir, die wir die Veränderung wollen, natürlich unter Beibehaltung der guten Traditionen der Volkssolidarität, wer dann?“ sagte ich zu und wurde neben Gisela Siegfried in die Stadtverordnetenversammlung gewählt. Natürlich konnten wir als zwei Stadtverordnete von 130 nicht die Richtung bestimmen, aber wir konnten Flagge zeigen, teilweise wortwörtlich.

Ulrich Matzat, Stadtverordneter/Stadtrat 1990–1999

fahrt und Tageskarte eingeführt. Ermäßigungen, die auch Senioren zugute kommen.
Fahrpreisermäßigungen, sozialverträgliche Mieten, der Dresden-Pass, medizinische Bereitschaftsdienste, Seniorenbegegnungsstätten, ein Altenhilfebericht der Stadt Dresden – das steht in den ersten Jahren nach der Wiedervereinigung auf der Tagesordnung.

Nach langer, zäher Diskussion wird auf Antrag der Volkssolidarität und deren Stadtverordneten die Gründung eines „Seniorenbeirates der Stadt Dresden“ als beratendes Fachgremium beschlossen. Die konstituierende Sitzung findet am 14. Januar 1993 statt. Die Volkssolidarität ist 1993 mit zwei Mitgliedern vertreten: mit Marlies Strauß als Stellvertretende Vorsitzende und mit Gisela Vack. Von Bundespräsident Rau wurde Gisela Vack mit dem Bundesverdienstkreuz geehrt, die noch heute mit nunmehr fast 90 Jahren ein eigenes musikalisches Programm in Seniorenbegegnungsstätten gestaltet.

Stadtverordneter/Stadtrat Ulrich Matzat zeigt Flagge

Über 500 Wahlberechtigte unterschrieben im Rathaus für unsere Zulassung

Als wir uns 1994 zum ersten Mal als „Wählervereinigung Volkssolidarität Dresden“ an der Stadtratswahl beteiligen wollten, mussten wir als „Neue“ – im Gegensatz zu den etablierten Parteien für jeden der damals 12 Wahlkreis mindestens 30 Unterstützungs-unterschriften beibringen. Das war gar nicht so einfach, weil diese Unterschriften von unseren z. T. betagten Unterstützern im Rathaus zu leisten waren. Ein großer Kraftaufwand für die Organisatoren, vor allem aber für die Bürger aus den am Stadtrand gelegenen Wahlkreisen.
Als beauftragte „Vertrauensperson“ unserer Wählervereinigung, hatte ich unsere eingereichten Wahlvorschläge in der Sitzung des Gemeindewahlausschusses zu verteidigen. Ich war schrecklich aufgeregt, weil ich keine Ahnung hatte, was auf mich zukam. Der Aufruf zur Stellungnahme kam nach dem Alphabet. Das hatte den Vorteil, dass ich bei allen Vorgängern beobachten konnte, welche Fragen gestellt und welche fehlenden Unterlagen eingefordert waren. Es hatte aber auch den Nachteil, dass ich erst als Letzte an der Reihe war (W = Wählervereinigung …) und auch meine Aufregung und Nervosität im Laufe der Zeit natürlich enorm steigerte. Allerdings völlig unbegründet! Unsere Wahlvorschläge gingen ohne jede Beanstandung durch, dank der guten Vorbereitung meiner Mitstreiter.
Bei den weiteren Stadtratswahlen 1999, 2004 und 2009 sah ich dann der Verteidigung unserer Wahlvorschläge mit großer Gelassenheit entgegen, weil ich genau wusste, dass wir immer eine gründliche Vorarbeit geleistet hatten.

Marlies Strauß langjährige Stellv. Vorsitzende des Dresdner Seniorenbeirates

Marlies Strauß, Stellvertretende Vorsitzende des Seniorenbeirats bis 1999

Stadtratswahl 12. Juni 1994

Erneut sind auf Dresdens Straßen und Anschlagsäulen Spruchtafeln und Plakate zu sehen. Die nächste Kommunalwahl steht bevor. Und die Volkssolidarität Dresden bereitet sich gründlich darauf vor, sie will die kommunalpolitische Arbeit fortsetzen. Nunmehr wird nach der Sächsischen Gemeindeordnung der Stadtrat gewählt. Da der Verein laut Satzung ausschließlich gemeinnützige Zwecke verfolgen darf, kann er nicht auf direktem Weg Vertreter in die Kommunalpolitik entsenden. Deshalb gründet sich am 22. Januar 1994 die nichtmitgliedschaftliche „Wählervereinigung Volkssolidarität Dresden“ und stellt eigene Kandidaten auf, insgesamt zwölf in allen Wahlkrei-

Ausgezeichnete der Volkssolidarität (v. l.): Günther John – Gruppenvorsitzender, Gisela Buhlmann – Sozialhelferin, Hildegard Walther – Oberin im Diakonissenkrankenhaus, Werner Spitzner – langj. Vorsitzender des Dresdner Seniorenbeirates

Stadträtin Gudrun Fischer im Gespräch mit dem Leiter des VS-Forum Dr. Rudolf Buhlmann

Die Köchin in der Kommunalpolitik

Gudrun Fischer, 59 Jahre, zwei Kinder, gelernte Köchin, nach externem Fachschulstudium Wirtschaftsleiterin an der Mensa der Pädagogischen Hochschule, Schlafwagenschaffnerin bei der Mitropa, danach in deren Verwaltung tätig, ehrenamtliche Arbeit vor allem in der Gewerkschaft (Feriendienst) und der Volkssolidarität
Die Volkssolidarität liegt ihr schon lange am Herzen. Seit 25 Jahren Mitglied, war sie Kassiererin in einer Häuserzeile, bis das aus beruflichen Gründen nicht mehr ging. Im Juli 1991 in den Ruhestand geschickt und nach einer Aufgabe suchend, die ihr Leben wieder sinnvoller und inhaltsreicher machen sollte, fand sie diese als Hauptkassiererin und damit als Vorstandsmitglied der ca. 360 Mitglieder zählenden Wohngruppe Prager Straße …
Ihr Hauptanliegen als Stadträtin sieht sie darin, sich mit aller Kraft gegen weiteren Sozialabbau zu stemmen. „Die Grenze des Zumutbaren ist längst überschritten. Eigentlich müssten wir wieder auf die Straße gehen.“ Sie will sich dafür einsetzen, die sozialen Einrichtungen der Stadt zumindest zu erhalten, möglichst aber weiter auszubauen und sich entschieden dagegen wehren, solche beliebte Begegnungsstätten wie z. B. die „Am Großen Garten“ dem Kommerzdenken zu opfern …
(Gekürzt entnommen aus dem Informationsblatt der Volkssolidarität Stadtverband Dresden e. V. Nr. 6/März 1994)

Gudrun Fischer, Stadträtin 1994–1999

sen. Die Kandidaten der offenen Liste bekennen sich zum Programm der Wählervereinigung. Nur noch reichlich die Hälfte von ihnen ist Mitglied der Volkssolidarität.
„Miteinander – Füreinander“ steht das Wahlprogramm der Wählervereinigung überschrieben und weiter: „Damit unser Dresden gewinnt“. Die Wählervereinigung erreicht insgesamt 19.339 Stimmen, über 9.000 mehr als vor vier Jahren. Damit hat sie zwei Mandate im Stadtrat errungen. Gudrun Fischer und Gertraude Mehlhorn, für die später Ulrich Matzat nachrückt, sind gewählt. Außerdem ist die Wählervereinigung in sechs von insgesamt zwölf Ortsbeiräten vertreten.

„Kampf gegen den Abbau sozialer Leistungen im Bereich der Jugendhilfe, bei der Arbeitsförderung, in der medizinischen und gesundheitlichen Betreuung, der Renten u. a.“ heißt es in der Bürgerfraktion, zu der sich die sieben Stadträte der vier Wählervereinigungen Freie Bürger, Freie Wähler, Neues Forum und die der Volkssolidarität Dresden im Juli 1994 zusammenschließen. Vereint fordern sie die Politiker auf, „sich für ein Bündnis der Generationen zu engagieren, statt den Konflikt zwischen den Generationen zu schüren“.
Mit dem VS-FORUM DRESDEN hat die Wählervereinigung 1997 unter Leitung von Dr. Rudolf Buhlmann eine Gesprächsreihe ins Leben gerufen, die den Blick der Mandatsträger über den eigenen Tellerrand hinaus weiten soll. Dazu gehörten solche interessante Termine, wie die mit Oberbürgermeister Dr. Wagner, mit Dresdens Polizeidirektor, mit dem Chefredakteur der „Sächsischen Zeitung“, mit den Dresdner Verkehrsbetrieben, mit dem Vorstand der Jüdischen Gemeinde, zur Einführung des EURO mit dem Leiter der Stadtsparkasse oder ein Besuch im Mikroelektronikzentrum bei Siemens.

Aufruf zur Spendenaktion 1997 für vom Oderhochwasser Betroffene

Stadtratswahl 13. Juni 1999

Acht Ziele stehen im Programm der „Wählervereinigung Volkssolidarität Dresden“, Liste 8. Sie will sich für ein selbstbestimmtes Leben in Geborgenheit und sozialer Sicherheit für Jung und Alt einsetzen, für finanziell erschwinglichen modernen Wohnraum, für die Sicherheit der Bürger sowie für Ordnung und Sauberkeit in der Stadt, für effektive, überschaubare und realistische Verkehrskonzepte und mehr. „Machen Sie von Ihrem Wahlrecht Gebrauch! Es gibt Alternativen zu Parteien – es gibt Wählervereinigungen“, heißt es auf den Plakaten.

2003 an der Trümmerfrau: Gedenken an die Opfer des 13. Februar 1945 und Protest gegen den Aufmarsch von Neonazis in Dresden

Die „Wählervereinigung Volkssolidarität Dresden“ erhält 14.276 Stimmen und erringt damit einen Sitz im Stadtrat. Das Ziel, auch ein drittes Mal zwei Sitze zu erhalten, wird „bedauerlicherweise mit wenigen Stimmen verfehlt“. Die anderen beiden Wählervereinigungen „Freie Wähler“ und „Freie Bürger“ erhalten auch nur je einen Sitz. Doch zur Bildung einer eigenen Fraktion sind vier Sitze nötig. Da die drei neuen Stadträte sich nicht einigen können, sich als Gruppe einer anderen Fraktion anzuschließen, entsteht eine unbefriedigende Situation. Harry Pohlmann, der gewählte Stadtrat der Wählervereinigung, entscheidet sich für eine Zusammenarbeit mit der CDU-Fraktion und erklärt, dass er damit am besten die Interessen der „Wählervereinigung Volkssolidarität Dresden“ vertreten könne. Über das Ergebnis der Kommunalwahl und deren Auswirkungen sind viele – ob Wähler, Kandidaten oder Wahlhelfer – nicht glücklich. Aber: „Mit hätte, wenn und aber wollen wir uns nicht aufhalten lassen“, heißt es im „Informationsblatt“ im Juli/August 1999. Tatsächlich erweist sich Harry Pohlmann im Verlauf der nächsten Legislaturperiode als ein engagierter Streiter für soziale Anliegen. Seiner Hartnäckigkeit ist es zum Beispiel zu verdanken, dass die nötigen Finanzmittel für eine dringend notwendige Erneuerung der Brandschutzanlagen im Pflegeheim Gorbitz zur Verfügung stehen.

Stadtrat Harry Pohlmann in einer Wahlveranstaltung

Mit dem Augusthochwasser 2002 erlebt Dresden eine der schlimmsten Katastrophen. Gemeinsam werben die Volkssolidarität und die Wählervereinigung um Spenden und organisieren Hilfen. In den ersten Tagen wird der Spendenaufruf „Volkssolidarität gegen Hochwassernot. Dresden braucht Hilfe – Dresdner leisten Hilfe“ veröffentlicht und zeigt mit 351.493 Euro Geldspenden eine überwältigende Resonanz in ganz Deutschland.

Im Oktober 2002 trifft eine Nachricht aus dem Rathaus wie ein Schlag ins Gesicht: Die Staatsoperette, Kindereinrichtungen und Integrationszentren sollen geschlossen werden. Das „Streichkonzert“ gilt zum wiederholten Mal auch Angeboten für ältere Menschen. Sechs Begegnungsstätten sind von der Schließung bedroht, weil die Stadt ihre Förderung einstellen will.
Ein Aktionsbündnis „Wir sind die Stadt“ bildet sich und wird von der Wählervereinigung unterstützt. Im November findet die erste Demonstration vor dem Rathaus statt, im Dezember veranstaltet das Aktionsbündnis eine zweite Kundgebung gegen die Sparpläne. Die gemeinsamen Aktionen zeigen Erfolg. Die Kürzungen werden nicht bestätigt, die Begegnungsstätten bleiben bestehen.

Rolf Hoppe zu Gast in der städtisch geförderten Seniorenbegegnungsstätte Trachenberge der Volkssolidarität

Stadtratswahl 13. Juni 2004

Die „Wählervereinigung Volkssolidarität Dresden“ tritt in allen Wahlkreisen der Stadt an und stellt 26 Bewerber auf. Mit Fähnchen und T-Shirts, auf denen „Dresdner für Dresden“ und „Volkssolidarität wählen!“ steht, radeln die Kandidaten durch die Stadt und kommen mit den Bürgern ins Gespräch. Sieben Ziele stehen auf der „Liste 7“ für die Stadtratswahl, darunter Generationensolidarität, mehr Mitbestimmung bei kommunalen Entscheidungen, Unterstützung von Freiwilligenarbeit, bezahlbare Kinderbetreuung, Erhalt des öffentlichen Nahverkehrs und Barrierefreiheit im Stadtgebiet.

Zum 60. Jubiläum der Volkssolidarität 2005 im Gespräch (v. l.) Prof. Gunnar Winkler Präsident der VS, Peter Kätzel Vizepräsident der VS, Joachim Reinelt kath. Bischof

Die „Wählervereinigung Volkssolidarität Dresden“ erringt 3,1 Prozent der Stimmen, das sind 15.770 absolute Stimmen und damit ziehen zwei Bewerber, Anita Köhler und Werner Klawun in den Stadtrat ein und bilden mit den Freien Bürgern und mit der Bürgerliste erneut die Bürgerfraktion. Bereits im November 2005 trennt sich die Wählervereinigung wieder von Werner Klawun, der als Sonderling in der Kommunalpolitik gilt. Werner Klawun hat offen mit der NPD sympathisiert – so etwas ist für uns inakzeptabel, das ist die Position der Wählervereinigung.

In den Ortsämtern Altstadt, Blasewitz, Cotta, Leuben, Plauen und Prohlis ist die Wählervereinigung mit jeweils einem Mitglied vertreten und setzt damit die Arbeit in Fachgremien wie der Altenhilfeplanung fort. 2006 entsendet die Bürgerfraktion Werner Schnuppe in den Seniorenbeirat, der ihn zum stellvertretenden Vorsitzenden dieses Stadtratorgans wählt.

Befragt nach den wichtigsten Ergebnissen ihrer Stadtratsarbeit in dieser Wahlperiode, zählt Anita Köhler eine lange Liste auf: „Das waren die Beschleunigung der Eröffnung des Kinder- und Jugendhauses in Laubegast, die Verbesserung der Ausgabe von Wertmarken für den Behindertenfahrdienst, die Neuregelung der Eintrittspreise für den Rathausturm für Schwerbehinderte mit Begleitperson und für andere städtische Einrichtungen, die Errichtung einer öffentlichen Toilette am Postplatz sowie der Erhalt der öffentlichen Toilette am Nürnberger Ei, der Erhalt des Herbergsschiffs ‚Koje‘ als Projekt zur Integration von benachteiligten Jugendlichen, die Einrichtung eines Pflegestammtisches in Dresden, die Einrichtung von Behindertenparkplätzen in der Inneren Neustadt, die Aufnahme der Bereitstellung von alten- und behindertengerechtem Wohnraum bei kompletter Sanierung durch die GAGFAH in die Sozialchar-

Stadträtin Anita Köhler mit dem langjährigen Vorsitzenden der Volkssolidarität Werner Schnuppe

Dieter Lorenz langj. Vorstand der VS (3. v. l.) erhält zur Ehrung mit dem Bundesverdienstkreuz u. a. Glückwünsche von Altoberbürgermeister Dr. Herbert Wagner und Radsportlegende „Täve“ Schur

ta, die Einrichtung eines virtuellen Kinder- und Jugendstadtplanes auf der Internetseite der Stadt, die Einrichtung einer weiteren Bedarfsampel auf der Österreicher Straße in Höhe Salzburger Straße, die Auslobung eines Innovationspreises „Familienfreundliches Unternehmen für einen schnellen und unkomplizierten Einstieg ins Berufsleben für Arbeitnehmer mit Kindern“.

Und diese Liste ist noch nicht komplett. Anita Köhler weiter: „Interfraktionell gab es eine Reihe von Anträgen zur Ausgestaltung der Kosten der Unterkunft durch vollständige Anerkennung der „warmen“ Betriebskosten für Hartz-IV-Empfänger, zur besseren Ausgestaltung des Dresden-Passes und zur Sicherung der dafür notwendigen Mittel.

Meine Erfahrungen in der Kommunalpolitik

Im Jahr 2002 war die Finanzlage in Dresden katastrophal. Darauf verkündete der damalige Oberbürgermeister Ingolf Roßberg seine „Liste der Grausamkeiten“.

In dieser Zeit protestierte ich bei eisiger Kälte gemeinsam mit vielen anderen Bürgern vor dem Rathaus. Als Volkssolidarität Dresden brachten wir über 3.000 Einwände zum damaligen Haushaltsentwurf vor und verhinderten am Ende einen sozialen Kahlschlag sowie die Schließung der Staatsoperette.

In dieser Zeit beschloss ich, mich aktiv in die Kommunalpolitik einzubringen. Dass meine Kandidatur für den Stadtrat 2004 so erfolgreich sein würde, überraschte mich selbst. Nun hieß es lernen und nochmals lernen: die Geschäftsordnung des Stadtrates, Kommunalrecht. Und es galt Haushaltspläne und Vorlagen lesen und verstehen. Öffentlich Reden halten, eigene Anträge formulieren und dafür politische Verbündete suchen.

Ich habe mir schnell den Ruf einer anerkannten Sozialpolitikerin erarbeitet, die besonders generationsübergreifende Belange sowie älterer Menschen und Behinderter im Blick hat.

Den Verkauf der städtischen Woba habe ich nicht mitgetragen, und ich halte diesen auch heute noch für fragwürdig, auch wenn Dresden jetzt schuldenfrei ist.

Anita Köhler, Stadträtin 2004–jetzt

Stadtratswahl 7. Juni 2009

2009 stehen die nächsten Stadtratswahlen vor der Tür. Aus der „Wählervereinigung Volkssolidarität Dresden“ und parteilosen Persönlichkeiten bildet sich das „Bürgerbündnis Dresden“. Es ist angetreten, um „Stadtpolitik statt Parteipolitik“ zu machen. Gefordert wird unter anderem der Erhalt des kulturellen Erbes, der Erhalt und Ausbau des kommunalen Eigentums einschließlich der Erholungsgebiete, eine transparente Finanzpolitik, eine effiziente Wirtschaftsförderung, für jedes Kind ein Betreuungsangebot.
Anita Köhler erhält so viele Stimmen, dass sie erneut als Stadträtin in das Rathaus einzieht. Ein weiteres Stadtratsmandat wird mit nur ca. 200 Stimmen verfehlt. Anita Köhler wird stellvertretende Vorsitzende der neuen Fraktion, die sich auf den Namen „Bürgerbündnis/Freie Bürger“ einigt. „Ausgehend von meinem humanistischen Werteverständnis mache ich mich stark für eine Stadt, die lebenswert für alle Bürger ist. Im Vordergrund meines kommunalpolitischen Handelns stehen Senioren und Familien, steht der Schutz von sozial benachteiligten Menschen, Behinderten und Minderheiten“, so Anita Köhler.
Nach langem Hin und Her wird mit den Stimmen der Fraktion der Ausbau des ehemaligen Kraftwerks Mitte zu einem „Kultur-Kraftwerk“ im Stadtrat beschlossen, in das die Staatsoperette und das Theater Junge Generation einziehen sollen.

Das Wahlteam von Bürgerbündnis Dresden zur Stadtratswahl 2009

Stadträte der Bürgerbündnis-/Freie Bürger-Fraktion
Christoph Hille, Anita Köhler, Jan Kaboth, Franz-Josef Fischer

24 erfolgreiche Jahre als Wählvereinigung

Neujahrsempfang der Bürgerbündnis/FreieBürger Fraktion mit Gästen anderer Fraktionen im Ratskeller

Ununterbrochen ab den ersten freien Kommunalwahlen 1990 ist unsere Wählervereinigung bis heute als einzige im Stadtrat, in Beiräten und Ortsbeiräten der Landeshauptstadt Dresden vertreten. Themen der Stadtentwicklung wie Soziales, Gesundheit, Wohnen, Kultur und bürgerschaftliches Mittun waren und sind es, für die wir uns besonders einsetzen. Markenzeichen, die uns über die Jahre Zuspruch und Anerkennung und das Vertrauen von Wählern mit ihrer Stimmabgabe für uns einbrachten. Offen und vertrauensvoll haben wir mit den Oberbürgermeistern/der Oberbürgermeisterin und den demokratischen Fraktionen im Stadtrat zusammen gearbeitet.

Eng verbunden und dankbar unterstützt von der Volkssolidarität Dresden, wurde durch unsere Wählervereinigung eine erfolgreiche Wegstrecke von 24 Jahren, bis heute zurückgelegt.

Sie ist über die Jahre mit den Namen vieler Angehöriger der Wählervereinigung, von Wahlhelfern, Mandatsträgern im Stadtrat, den Beiräten und Ortsbeiräten sowie Sprechern der Wählervereinigung verbunden.

Ihnen allen, die diese fünf Stadtratswahlperioden mit uns im bürgerschaftlichen Engagement gegangen sind und sich mit unseren Zielen und Wirken für Dresden und das Wohl der Dresdner einsetzten, sagen wir ein ganz herzliches Dankeschön.

Unser Anliegen und Ziel zur Stadtratswahl 2014

Mit den Wahlen 1994 ist die seit dem im Stadtrat gewählte Wählervereinigung Freie Bürger e. V. diejenige mit der wir in unterschiedlichster Weise verbunden sind.

Nach der Stadtratswahl 2009 bildeten beide Wählervereinigungen die Bürgerbündnis/Freie Bürger Fraktion und leisten mit vier Stadträten eine stabile und anerkannte Fraktionsarbeit. Die sachgerechte Vertretung der Interessen der Dresdner steht im Mittelpunkt ihres Wirkens und öffentlichen Auftretens. Eine vertrauensvolle Zusammenarbeit der Fraktionsmitglieder und einbezogenen Ortsbeiratsmitglieder ist bestimmendes Arbeitsprinzip. Die politische, fachliche und menschliche Position jedes einzelnen Stadtrates und Beiratsmitgliedes wird respektiert und der offene Meinungsaustausch gepflegt.

Für die Vorbereitung der Stadtratswahl 2014 wurde von beiden Wählervereinigungen aus der langen gemeinsamen Geschichte die Lehre gezogen, bereits vor Beginn der neuen Wahlperiode eine gemeinsame Wählervereinigung anzustreben. Damit wollen wir in der nächsten Wahlperiode mit einem gestärkten Einfluss eine qualifiziertere Bürgerbeteiligung in Politik und Verwaltung für beste kommunale Entwicklung und konkrete Lösungen in Dresden erreichen.

Jetzt, ein gutes Jahr vor der Stadtratswahl 2014, ist der Zeitpunkt für die grundlegende Weichenstellung unseres weiteren Weg herangereift und in beiden Wählervereinigungen in breiter Aussprache und Meinungsbildung über ein Jahr vorbereitet worden.

Den künftigen kommunalpolitischen Einsatz für Dresden und die Dresdner werden wir durch das Zusammengehen mit den Mitgliedern der Wählervereinigung Freie Bürger e. V. in einer neuen kräftigen vereinten Wählervereinigung beschreiten.

Hierfür gilt es viele Dresdner Bürger als Unterstützer und Wähler zu gewinnen.

Mit diesem Wahlvorschlag wird den Wählern eine annehmbare Alternative zu den etablierten Parteien geboten.

Erstmalig zur Stadtratswahl 2014
wird sich das
„Bündnis Freie Bürger“,
ein Zusammenschluss der
Wählervereinigungen „Bürgerbündnis“
mit „Freien Bürgern“,
den Dresdner Wählern stellen!

Ergebnisse der Wählervereinigung Bürgerbündnis Dresden

bis 1994 unter „Volksolidarität Dresden“ (eingetragener Verein)

bis 2009 unter „Wählervereinigung Volkssolidarität Dresden“

zu den Stadtratswahlen in der Landeshauptstadt Dresden

Wahlperiode	**Wähler**	**Stadtrat/-rätin**	**zugehörig zur Fraktion …** (mind. 4 Stadträte bilden eine Fraktion)	**Vorsitzende/r bzw. 1. Sprecher/in Wählerverein.**
1990–1994 (Stadtverordnetenversammlung)	1,3 %	Ulrich Matzat Gisela Siegfried*) Carsta Steppat*) Cornelia Kersting	Fraktion SPD	Werner Schnuppe Tilo Naffin
1994–1999	2,9 %	Gudrun Fischer Gertraude Mehlhorn*) Ulrich Matzat	Bürgerfraktion	Gudrun Fischer Werner Schnuppe
1999–2004	2,5 %	Harry Pohlmann	Fraktion CDU	Werner Schnuppe
2004–2009	3,1 % stärkste WV	Anita Köhler Werner Klawun#)	Bürgerfraktion	Werner Schnuppe Anita Köhler
2009–2014	2,7 %	Anita Köhler	Bürgerbündnis-/ Freie Bürger-Fraktion	Anita Köhler Klaus Scholz Werner Schnuppe

*) vorzeitig ausgeschieden #) wurde aus der Wählervereinigung ausgeschlossen

Sprecherrat der Wählervereinigung – 1. März 2013

Roswitha Beyer	Stellv. Ortsbeirätin Neustadt
Daniel Fuchs	
Anita Köhler	Stadträtin
Dr. Rüdiger Liebold	Stellv. Ortsbeirat Loschwitz
Peter Munkelt	Ortsbeirat Leuben
Monika Rettich	Ortsbeirätin Cotta
Werner Schnuppe	Ortsbeirat Blasewitz, Stellv. Vorsitzender Stadtseniorenbeirat